

Gregor Blüm

Härtefälle im Recht des Versorgungsausgleichs

Studien zum
deutschen und internationalen
Familien- und Erbrecht

Herausgegeben von Martin Lipp, Christoph Benicke,
Marina Wellenhofer und Bettina Heiderhoff

Band 10



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
1. Kapitel: Einführung des Versorgungsausgleichs durch das 1. EheRG im Jahr 1977	21
I. Unterschiede der Rentensituation zwischen Mann und Frau.....	21
II. Zielsetzung und Leitmaximen bei Einführung des Ausgleichs ...	22
1. Situation bei Einführung des Versorgungsausgleichs	22
2. Altersversorgungssituation bis zum Jahr 1977 sowie Ausblick auf die Rentenhöhe.....	23
3. Zusammenfassung.....	25
2. Kapitel: Durchführung des Versorgungsausgleichs	27
I. Einführung	27
II. Exkurs – Überblick über das Verfahren nach §§ 1587 ff. BGB a.F.	28
III. Überblick zum Ablauf des Versorgungsausgleichs nach der Reform durch das Versorgungsausgleichgesetz (VersAusglG)	30
1. Interner Ausgleich	30
2. Externer Ausgleich	31
3. Entbehrllichkeit der Barwertverordnung	32
4. Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	33
5. Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	33
6. Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich	34
3. Kapitel: Rechtspolitische Legitimation und Verfassungsmäßigkeit des Versorgungsausgleichs	37
I. Legitimation der Scheidungsfolgen.....	37
II. Rechtfertigung des Versorgungsausgleichs.....	38

1. Rechtspolitische Legitimation des Versorgungsausgleichs	40
a) Eigenart des Versorgungsausgleichs	41
b) Vergleichbarkeit der Rechtfertigung des Versorgungsausgleichs mit der des Zugewinnausgleichs	42
c) Einwendungen gegen die Durchführung des Versorgungsausgleichs am Beispiel der Fallgruppe der Doppelverdiener-Ehe	43
d) Legitimation nach der Reform des Versorgungsausgleichs	45
2. Verfassungsmäßigkeit des Versorgungsausgleichs	45
a) Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 1 GG	45
aa) Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG	45
bb) Versorgungsausgleich und Art. 6 Abs. 1 GG	47
b) Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG	49
aa) Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG.....	49
bb) Exkurs: Art. 14 GG und Positionen im Sozialversicherungsrecht.....	50
cc) Versorgungsausgleich und Art. 14 Abs. 1 GG	52
c) Vereinbarkeit mit Art. 33 Abs. 5 GG	55
aa) Schutzbereich des Art. 33 Abs. 5 GG	55
bb) Versorgungsausgleich und Art. 33 Abs. 5 GG	55
d) Vereinbarkeit mit der Abschaffung des Verschuldensprinzips.....	56
3. Stellungnahme	57
III. Rechtfertigung der übrigen Scheidungsfolgen bezogen auf die rechtspolitische Legitimation	57
1. Rechtspolitische Rechtfertigung des Zugewinnausgleichs	57
a) Historische Entwicklung.....	58
b) Exkurs – Der Güterstand der Verwaltungsnutznießung	58

c)	Rechtfertigung des Zugewinnausgleichs	59
d)	Legitimationstheorien	60
e)	Legitimation des Zugewinnausgleichs nach der Reform.....	61
f)	Zwischenergebnis.....	62
2.	Rechtfertigung des Unterhaltsrechts	63
3.	Vergleich der Ausrichtung der Ausgleichssysteme.....	65
4.	Bedeutung der Grundlagen für die Härteklauseln	66
5.	Zwischenergebnis	67
6.	Gegenüberstellung der Wertungen in den gesetzlichen Scheidungsfolgen zu denen im Bereich des Ehevertragsrechts	68
a)	Teilhabegerechtigkeit	70
aa)	Begriffsverwendung in den gesetzlichen Schei- dungsfolgen	70
bb)	Begriffsverwendung im Bereich des Ehe- vertragsrechts	72
b)	Strukturelle Unterlegenheit	73
aa)	Begriffsverwendung in den gesetzlichen Schei- dungsfolgen	73
bb)	Begriffsverwendung im Bereich des Ehe- vertragsrechts	73
c)	Gleichberechtigte Partnerschaft	74
aa)	Begriffsverwendung in den gesetzlichen Schei- dungsfolgen	74
bb)	Begriffsverwendung im Bereich des Ehe- vertragsrechts	75
d)	Relevanz für die Anwendung der Härteklausel	80
IV.	Stellungnahme	81

4. Kapitel: Normengeschichte der Härteklausel.....	83
I. Tatbestand des § 1587c Nr. 1 BGB a. F.....	83
1. Diskussionsentwurf zum 1.EheRG.....	83
2. Diskussionsentwurf zum 1.EheRG	84
3. Zweiter Bericht und Antrag des Rechtsausschusses	84
a) Ansicht der Mehrheit des Rechtsausschusses	85
b) Ansicht der Minderheit des Rechtsausschusses	85
4. Änderungsantrag der Fraktion CDU/CSU	86
5. Unterrichtung durch den Bundesrat.....	86
6. Antrag des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes	87
II. Tatbestand des § 1587c Nr. 2 BGB a.F.....	87
1. Diskussionsentwurf zum 1.EheRG.....	87
2. Zweiter Bericht und Antrag des Rechtsausschusses	88
III. Tatbestand des 1587c Nr.3 BGB a.F.....	88
IV. Abschluss und endgültige inhaltliche Ausgestaltung des § 1587c BGB a.F	89
V. Tatbestand des § 27 VersAusglG	89
1. Änderungsvorschlag des Bundesrates	90
2. Ablehnung des Änderungsvorschlags durch die Bundesregierung	90
5. Kapitel: Normstruktur der Härteklausel und Fallgruppenbil- dung in § 1587c Nr. 1 BGB a.F.	91
I. Regelungszweck.....	91
II. Struktur der Härteklausel	92
1. Tatbestandssystematik.....	92
2. Rechtsnatur	93
III. Fallgruppenbildung in § 1587c Nr. 1 BGB.....	93
1. Fallgruppen mit Bezug zu den wirtschaftlichen Verhältnissen.....	95

a) Grundlagen.....	95
b) Soziale Sicherung der Ehegatten nach dem Ausgleich.....	96
aa) Verfehlung des Zwecks des Versorgungsausgleichs.....	96
bb) Verfehlung der gleichmäßigen Aufteilung der dem Ausgleich unterliegenden Anrechte	98
2. Eheliches Fehlverhalten	98
6. Kapitel: Fallgruppen mit Bezug zu den wirtschaftlichen Verhältnissen	99
I. Entstehen eines erheblichen wirtschaftlichen Ungleichgewichts	99
1. Unbilligkeit bei erheblichem wirtschaftlichem Ungleichgewicht	99
2. Nicht erhebliches wirtschaftliches Ungleichgewicht.....	104
3. Stellungnahme	110
II. Fallgruppe der Dienstunfähigkeit	112
1. Grundlagen	112
2. Grobe Unbilligkeit bei Dienstunfähigkeit.....	114
a) Dienstunfähigkeit und verfassungsrechtlicher Hintergrund.....	114
b) Unbilligkeit des Ausgleichs bei Dienstunfähigkeit....	116
3. Versorgungsausgleich trotz Dienstunfähigkeit	119
4. Neuerungen durch das VersAusglG.....	124
5. Ansätze in der Literatur	124
6. Stellungnahme	125
III. Fallgruppe der einseitigen Rollenverteilung in der Ehe.....	127
1. Ausgangslage.....	127
2. Ausschluss aufgrund der Rollenverteilung in der Ehe....	128
3. Versorgungsausgleich bei divergierender Rollenverteilung in der Ehe	136

4. Stellungnahme	139
IV. Fälle der Kindererziehungszeiten	143
1. Grundlagen	143
a) Rentenrechtliche Grundlagen.....	143
b) Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten	144
2. Unbilligkeit des Versorgungsausgleichs bei Ein- beziehung von Kindererziehungszeiten.....	145
3. Versorgungsausgleich trotz Einbeziehung von Kindererziehungszeiten.....	147
4. Ansätze in der Literatur	150
5. Stellungnahme	151
V. Fallgruppe des Bagatellausgleichs	154
1. Grundlagen	154
2. Zwei exemplarische Beispiele zum Ausschluss bei Bagatellbeträgen	155
3. Exemplarischer Beispieldurch des Ausgleichs trotz Bagatellbeträgen	156
4. Behandlung in der Literatur	156
5. Neuerungen durch das VersAusglG.....	157
6. Stellungnahme	158
VI. Zweckverfehlung des Versorgungsausgleichs	159
1. Grundlagen	159
2. Ausschluss des Ausgleichs wegen Zweckverfehlung....	159
3. Versorgungsausgleichs trotz Zweckverfehlung	162
4. Stellungnahme	164
VII. Fallgruppe der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Ungleichheiten	166
1. Einführung	166
2. Grobe Unbilligkeit bei ungleichen Nettoversorgungen....	170
3. Versorgungsausgleich trotz ungleicher Nettoversorgung	172
4. Neuerungen durch das Versorgungsausgleichsgesetz	174

5. Stellungnahme	174
VIII. Fallgruppe der kurzen Ehezeit.....	177
1. Grundlagen	177
2. Exemplarischer Beispielfall der Unbilligkeit bei kurzer Ehezeit	178
3. Exemplarischer Beispielfall des ungekürzten Ausgleichs bei kurzer Ehezeit	178
4. Behandlung in der Literatur	179
5. Neuerungen durch das VersAusglG.....	179
6. Stellungnahme	180
IX. Fallgruppe der langen Trennungszeit.....	183
1. Ausgangslage.....	183
2. Exkurs – Übergangssondervorschrift des Art. 12 Nr. 3 Abs. 3 S. 3, 4 1. EheRG	184
a) Aktuelle Relevanz des Art. 12 Nr. 3 Abs. 3 S. 3, 4 1. EheRG.....	184
b) Konkurrenz der Tatbestände	184
c) Anwendbarkeit des § 1587c Nr. 1 BGB	185
3. Unbilligkeit bei langer Trennungszeit.....	186
4. Ungekürzter Versorgungsausgleich bei langer Trennungszeit.....	191
5. Ansätze in der Literatur	194
a) Trennungszeit als nicht anerkennungsfähiges Kriterium	194
b) Erfordernis weiterer Umstände	195
6. Stellungnahme	196
a) Zeitraum der berücksichtigungsfähigen Trennungszeit	197
b) Relation zwischen Zusammenleben und Trennungszeit	200

7. Kapitel: Persönliches Fehlverhalten des Berechtigten	203
I. Grundlagen	203
II. Unbilligkeit des Ausgleichs bei ehelichen Verfehlungen	204
1. Unbilligkeit bei unehelichen Kindern	204
2. Unbilligkeit bei sexuellem Doppelleben und Bigamie	206
3. Unbilligkeit bei Begehung einer Straftat	208
III. Versorgungsausgleich trotz persönlichem Fehlverhalten	208
1. Billigkeit des Ausgleichs bei unehelichen Kindern	206
2. Ausgleich beim „Ausbrechen“ eines Ehepartners aus der Ehe	210
3. Ausgleich trotz Begehung von Straftaten	211
8. Kapitel: Schlussbetrachtung	213
I. Auswirkungen der Reform auf die neue Härteklausel	213
II. Abschließende Stellungnahme	214
III. Prüfungsübersichten zur Härteklausel	217
1. Verfassungsrechtliche Grundlagen	217
a) Art. 6 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 3 Abs. 2 GG	217
aa) Grundlagen	217
bb) Schlussfolgerungen	217
b) Grundlegendes zu Art. 14 GG	218
aa) Grundlagen	218
bb) Schlussfolgerungen	218
2. Ziel des Versorgungsausgleichs	219
3. Verwirklichung des Ziels des Versorgungsausgleichs ...	219
4. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe des erheblichen wirtschaftlichen Ungleichgewichts	219
5. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der Dienstunfähigkeit bzw. vorzeitigen Pensionierung des Ausgleichsverpflichteten	220

6. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der einseitigen Rollenverteilung in der Ehe	220
7. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der Kindererziehungszeiten	221
8. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der langen Trennungszeit.....	222
9. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der Zweckverfehlung des Versorgungsausgleichs	222
10. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der steuerlichen- bzw. sozialversicherungsrechtlichen Ungleichbelastung	223
11. Prüfungsübersicht zur Fallgruppe der ehelichen Verfehlungen	224
Literaturverzeichnis.....	225